

Anfrage der Abgeordneten Sülmez Dogan, Björn Fecker und Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

„Umsetzung des Bürgerschaftsbeschlusses zur Bekämpfung von Lebensmittelverschwendung“

Für den Senat beantworte ich die Fragen wie folgt:

Zu Frage 1:

Im Rahmen seiner Zuständigkeit und Überwachungstätigkeit steht der Lebensmittelüberwachungs-, Tierschutz- und Veterinärdienst des Landes Bremens in stetigem Kontakt zum Lebensmitteleinzelhandel und den übrigen Lebensmittelunternehmern im Land. Auch private Organisatoren, Vereine oder einzelne Initiatoren wenden sich regelmäßig an die Behörde, in jüngster Zeit häufiger zu Fragen der Bekämpfung der Lebensmittelverschwendung.

Im Rahmen seiner Zuständigkeit berät der Lebensmittelüberwachungs-, Tierschutz- und Veterinärdienst die Anfragenden, insbesondere im Hinblick zur Sicherheit oder Haltbarkeit der abgegebenen Lebensmittel.

Beispielhaft seien hier Initiativen wie die Lebensmittelretter, die Bremer Tafel oder einzelne Unternehmen des Lebensmitteleinzelhandels genannt, die eigeninitiativ die Abgabe von Lebensmitteln zur Reduzierung der Lebensmittelverschwendung an Bürger*innen organisieren wollen.

Jüngste Entwicklung dabei ist die Initiative „Städte gegen Lebensmittelverschwendung“, die über eine Handy-App eine Brücke zwischen Anbietern und Unterstützern bauen wird.

Zu Frage 2:

Das Bund-Länder-Gremium zur Nationalen Strategie gegen Lebensmittelverschwendung hat sich zu unter anderem mit folgenden Schwerpunkten befasst:

- Start von Dialogforen mit einzelnen Teilen der Wertschöpfungskette im Lebensmittelbereich, zum Beispiel der Primärproduktion und Verarbeitung, dem Lebensmittelhandel und privaten Haushalten,
- Entwicklung von Konzepten zur Ermittlung der Lebensmittelverluste auf den einzelnen Stufen der Lebensmittelkette,
- Planung und Durchführung der bundesweite Aktionswochen „Deutschland rettet Lebensmittel“,
- Entwicklung von bundeseinheitlichen Regelungen für die Weitergabe von Lebensmitteln,
- Zielvereinbarungen mit relevanten Teilnehmern / Sektoren.

Im Ergebnis der stattfindenden Beratungen werden mit den relevanten Sektoren Zielvereinbarungen erarbeitet, die dann schrittweise umgesetzt werden. Im Zuge des Gesamtvorhabens werden Handlungsempfehlungen erarbeitet, die den gesamten Bereich der Lebensmittelproduktion, des Handels und der Privathaushalte umfassen sollen, um zum einen das Bewusstsein und die Handlungsmöglichkeiten der Bürger*innen und der Wirtschaftsbeteiligten für das Thema erhöhen und die Wertschätzung für die erzeugten Lebensmittel steigern sollen.

Zu Frage 3:

Der Lebensmittelüberwachungs-, Tierschutz- und Veterinärdienst des Landes Bremen wird über derlei Anliegen durch die Polizei informiert, es sind allerdings keine Strafanzeigen in der Sache beim Lebensmittelüberwachungs-, Tierschutz- und Veterinärdienst

eingegangen. Ermittlungsverfahren wegen Diebstahls weggeworfener Lebensmittel werden bei der Staatsanwaltschaft nicht gesondert statistisch erfasst. Auf Nachfrage hat die Staatsanwaltschaft Bremen mitgeteilt, dass entsprechende Verfahren dort nicht bekannt sind.